

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

„Campus für Demokratie“ in Lichtenberg auf den Weg bringen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit soll entsprechend dem Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu einem Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung werden.

Der Senat wird aufgefordert, zu diesem Zweck ein Standortmanagement einzurichten, das die Interessen der verschiedenen ansässigen Institutionen und der Eigentümer der Immobilien auf dem Campus bündelt, ein gemeinsames Konzept erarbeitet und die Umsetzung vorbereitet. Daneben soll die Werbung für den Ort und die Kennzeichnung der verschiedenen Gebäude verbessert werden.

Im Umfeld des Geländes soll an Haltestellen und Bahnhöfen auf das Gelände angemessen hingewiesen werden. In diesem Zuge soll geprüft werden, ob der Name des Bahnhofs Magdalenenstraße mit einer Unterzeile „Campus für Demokratie“ ergänzt werden kann.

Insbesondere für die im Eigentum des Landes Berlin befindlichen Flächen und Gebäude sollen durch das Standortmanagement die notwendigen Baumaßnahmen zur Umsetzung des Campus-Projektes vorbereitet werden.

Ein erster Bericht mit einem Vorschlag für das Standortmanagement und dessen Umsetzung soll zum 31. Mai 2018 vorgelegt werden.

Begründung:

Berlin hat mit der ehemaligen Stasizentrale und dem künftigen Campus für Demokratie einen herausragenden historischen Ort, der dringend entwickelt werden muss. Der Gebäudekomplex in der Magdalenenstraße ist gleichermaßen ein Zeugnis der Diktatur wie ihrer Überwindung. Bis 1989 Sitz des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, wurde das Gelände am 15. Januar 1990 gestürmt und anschließend das Bürgerkomitee 15. Januar gegründet. Im Sommer 1990 erkämpften dort Aktivisten die Öffnung und Zugänglichkeit der Stasiakten, die später im Stasiunterlagengesetz auch rechtlich fixiert wurde.

Auf dem Gelände haben das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BstU), das Stasimuseum, mehrere Opferverbände und seit jüngstem die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Archiv der DDR-Opposition ihren Sitz. Im Hof befindet sich die Ausstellung zur friedlichen Revolution, die zuvor auf dem Alexanderplatz zu sehen war.

Die Förderung durch die Bundesregierung und das Land Berlin hat dazu beigetragen, dass die vorgenannten Institutionen auf dem Campus Erinnerungs- und Forschungsarbeit leisten können. Trotzdem ist der Gebäudekomplex insgesamt wenig attraktiv. Aufgrund einer zersplitterten Eigentümerstruktur auf dem Campus stehen diverse Gebäude leer und sind in schlechtem Zustand.

Für ein übergreifendes Konzept ist die Erkundung der verschiedenen Interessen aller Eigentümer (Bund, Berlin, mehrere Private) nötig und im zweiten Schritt die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes. Die Nutzung als Atelierstandort soll in das Campus-Konzept integriert werden, wenn dafür keine Ersatzstandorte gefunden werden. Der Campus liegt im Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat im August 2017 im Rahmen einer Standortkonferenz die ersten Schritte unternommen, die verschiedenen Eigentümer an einen Tisch zu bringen. Dieser Prozess muss weiter geführt werden und in einem gemeinsamen Konzept münden. Neben der städtebaulichen Kompetenz ist dafür inhaltliche Expertise erforderlich, die z.B. der Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur beisteuern könnte.

Berlin, d. 13. März 2018

Saleh Dr. West
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Graf Juhnke
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der CDU

Bluhm U. Wolf Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Czaja Förster
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der FDP